# S 11 AS 1631/19

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Sachgebiet

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie **Beschluss** 

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 AS 1631/19

25.08.2020 Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 AS 1724/20 15.07.2022 Datum

3. Instanz

Datum

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts KĶln vom 25.08.2020 wird zurückgewiesen.

Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

#### **Tatbestand:**

Die Beteiligten streiten im Berufungsverfahren um die HA¶he der Kosten fA¾r Unterkunft und Heizung der KlĤgerin im Zeitraum vom 01.08.2016 bis zum 31.12.2016.

Die am 00.00.1962 geborene KlĤgerin stand im streitgegenstĤndlichen Zeitraum beim Beklagten im Leistungsbezug. Seit April 2019 erhÄxlt sie Leistungen nach dem SGBÂ XII.

Im März 2012 unterrichtete die Klägerin den Beklagten über ihre Wohnsituation in der R-StraÃ□e 29, N. Sie teilte mit, dass der zuvor als â□□ruhiger Kioskâ□□ genutzte Gewerberaum nunmehr als Gaststätte betrieben werde. Es komme zu Lärmbelästigungen sowie Streitigkeiten mit dem Gaststättenbetreiber. Der Pächter habe sie auch schon bedroht. Dies habe bei ihr zu traumatischen Erlebnissen und einer Verschlechterung ihrer gesundheitlichen Situation geführt. Ein konkretes Angebot für die Anmietung einer anderen Wohnung hat die Klägerin in diesem Zusammenhang nicht vorgelegt. Der Beklagte hat die Klägerin gebeten, sich wegen der geschilderten Problematik mit ihrem Vermieter bzw. dem Betreiber der Gaststätte in Verbindung zu setzen.

Am 15.11.2012 zog die Klägerin ohne Rýcksprache mit dem Beklagten bzw. dessen Zustimmung in die am 27.08.2012 angemietete 63 m² groÃ $\Box$ e Wohnung in der O-StraÃ $\Box$ e 47, N, für die zunächst eine monatliche Warmmiete von 660 â $\Box$ ¬ (510 â $\Box$ ¬ Kaltmiete, 95 â $\Box$ ¬ Betriebskosten, 55 â $\Box$ ¬ Heizkosten) zu zahlen war. Im hier streitgegenständlichen Zeitraum betrug die monatliche Warmmiete 666 â $\Box$ ¬ â $\Box$ ¬ (510 â $\Box$ ¬ Kaltmiete, 95 â $\Box$ ¬ Betriebskosten, 61 â $\Box$ ¬ Heizkosten â $\Box$ D August bis November 2016) bzw. 683 â $\Box$ ¬ (Erhöhung der Heizkosten ab Dezember 2016). Ab dem Zeitpunkt des Umzugs erkannte der Beklagte als Kaltmiete 318 â $\Box$ ¬, die jeweiligen tatsächlichen Betriebs- und Heizkosten sowie den Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserversorgung (9,18 â $\Box$ ¬) an. Den monatlichen Differenzbetrag zur Gesamtmiete i.H.v. 192 â $\Box$ ¬ bestritt die Klägerin zunächst durch die finanzielle Unterstützung ihrer Mutter und anschlieÃ $\Box$ end durch ihr geringfþgiges Einkommen als Floristikhilfe bei der F GmbH. Die seit 2012 erlassenen Bescheide sind bestandskräftig geworden.

Die Tätigkeit der Klägerin bei der F GmbH endete mit Wirkung vom 30.06.2015 (Vergleich bei dem Arbeitsgericht Köln vom 03.08.2015 â $\square$  9 Ca 3265/15). Mit Schreiben vom 21.09.2015 bat die Klägerin unter Hinweis auf den Zufluss vom 03.09.2015 i.H.v. insgesamt 1.253,63Â â $\square$ ¬ (Lohn April bis Juni 2015 sowie Abfindung i.H.v. 200 â $\square$ ¬) um eine Neuberechnung des Anspruchs fÃ $\frac{1}{4}$ r September 2015 und beglich nach Aufhebung des Bewilligungsbescheides fÃ $\frac{1}{4}$ r September 2015 den Erstattungsbetrag.

Mit Schreiben vom 01.10.2015 informierte die KlÃxgerin den Beklagten Ãxber den Wegfall ihres Einkommens und die seit April 2015 bestehende ArbeitsunfÃxhigkeit, die auf einen Nervenzusammenbruch infolge eines Traumas zurÃxckzufÃxhren sei. Die KlÃxgerin wies darauf hin, dass sie infolge des Nervenzusammenbruchs einen Umzug nicht durchstehe und deshalb in der Wohnung bleiben wolle. Die KlÃxgerin fÃxhrte weiter aus: âxDurch die ÃxDurch die ÃxDurch die ÃxDernahme der bisher nicht anerkannten Unterkunftskosten (Kaltmiete) i.H.v. 192 âxDxD ab dem 01.10.2015âxD.

Daraufhin teilte der Beklagte mit Schreiben vom 04.11.2015 formlos mit, dass eine r $\tilde{A}^{1}$ /4ckwirkende  $\tilde{A}_{\Box}$ bernahme des Differenzbetrages i.H.v. 192  $\hat{a}_{\Box}$  nicht erfolgen k $\tilde{A}$ ¶nne. Das Schreiben enth $\tilde{A}$ xlt weder eine Begr $\tilde{A}^{1}$ /4ndung, Rechtsmittelbelehrung noch eine Bescheidung des Antrags auf  $\tilde{A}_{\Box}$ bernahme der tats $\tilde{A}$ xchlichen Unterkunftskosten ab Oktober 2015.

Mit Schreiben vom 17.12.2015 teilte die KlÃxgerin sodann mit, ihr sei durchaus bekannt, dass eine rÃxckwirkende Ãxbernahme des Differenzbetrages nicht mÃxglich sei. Gleichzeitig bat sie nochmals darum, ihren Antrag vom 01.10.2015 xbernahme der Unterkunftskosten ab Oktober 2015, d.h. fÃxr die Zukunft xr die Zukunft xr die Zukunft xr die Zukunft xr die Zukunft

Mit Bescheid vom 21.12.2016 setzte der Beklagte auf Antrag der Klägerin vom 23.01.2015 die Leistungen fÃ⅓r die Zeit vom 01.03.2015 bis 29.02.2016, nachdem alle Einkommensnachweise vorlagen, endgÃ⅓ltig fest. Mit Schreiben vom 17.01.2017, beim Beklagten eingegangen am 25.01.2017, legte die Klägerin Widerspruch gegen den Bewilligungsbescheid vom 21.12.2016 ein. Ã□ber diesen Widerspruch hat der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 26.04.2022 entschieden. Die Klägerin hat hiergegen Klage beim Sozialgericht Köln erhoben (S 11 AS 1369/22).

Den zugleich mit Schreiben vom 17.01.2017 gestellten  $\hat{a} \square \tilde{A} \square \hat{A} \square \hat{A$ 

Die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{e}\) vertreten durch ihren Prozessbevollm\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{c}\) des 15.11.2018 einen Antrag nach \(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\) 44 SGB X auf \(\tilde{a}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\error berpr\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\) fung des Widerspruchsbescheides vom 17.04.2018\(\tilde{a}\)\(\tilde{c}\)\(\tilde{c}\)\ und begehrte die \(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\error bernahme der tats\(\tilde{A}\)\(\tilde{c}\)\error chlichen Unterkunftskosten f\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)r August 2016 bis Dezember 2016. Der Beklagte lehnte eine Neubescheidung insoweit mit Bescheid vom 20.02.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019 ab.

Die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin hat am 16.04.2019 Klage beim Sozialgericht K $\tilde{A}$ ¶In erhoben. Sie ist der Ansicht, die einj $\tilde{A}$ ¤hrige Frist des  $\hat{A}$ § 40 SGB II i.V.m.  $\hat{A}$ § 44 SGB X sei hinsichtlich des Widerspruchsbescheides vom 17.04.2018 noch nicht abgelaufen. Abzustellen sei auf den Zeitpunkt der zu  $\tilde{A}$ ½berpr $\tilde{A}$ ½fenden Entscheidung.

Die KlAxgerin hat beantragt,

den Beklagten unter  $\tilde{A}_{\square}$ nderung des Bescheides vom 17.04.2018 in der Fassung des Ablehnungsbescheides vom 20.02.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019 zu verurteilen, die Kosten der Unterkunft f $\tilde{A}_{4}$ r den Zeitraum 01.08.2016  $\hat{a}_{\square}$  31.12.2016 in H $\tilde{A}_{4}$ ne von 574  $\hat{a}_{\square}$  zu  $\tilde{A}_{4}$ bernehmen.

Der Beklagte hat beantragt,

### die Klage abzuweisen

Er hat auf den Inhalt der streitigen Bescheide und die Frist des <u>§ 44 SGB X</u> i.V.m. <u>§ 40 SGBÂ II verwiesen.</u>

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 25.08.2020 abgewiesen. Der Beklagte habe mit Bescheid vom 20.02.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019 zu Recht eine Ã□berprüfung der Leistungsgewährung für die Zeit vom 01.08.2016 bis zum 31.12.2016 zu Recht wegen Fristablaufs abgelehnt.

Bei der Berechnung der Frist sei nicht auf das Datum des zu überprüfenden Bescheides abzustellen. Ausgehend von dem 2018 gestellten Antrag nach § 44 SGB X seien Leistungen für das gesamte Jahr 2017 zu überprüfen und gegebenenfalls zu gewähren, unabhängig davon, wann über die Leistungsgewährung entschieden wurde. Eine â∏Ã∏berprüfung der Ã∏berprüfungâ∏ führe nicht zu einer Fristverlängerung. Es komme nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes nicht auf den Zeitpunkt des zu überprüfenden Bescheides, sondern auf den Zeitpunkt des Ã∏berprüfungsantrags selbst an. Von diesem ausgehend werde die (Vierjahres)Frist des § 44 SGB X bzw. die Jahresfrist nach § 40 SGB II berechnet. Damit scheide eine Ã∏berprþfung der Leistungen für die Zeit vor dem 01.01.2017 aus.

Gegen das am 16.10.2020 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 12.11.2020 Berufung eingelegt. Allein maÃ∏gebend für die Fristberechnung sei, dass der Antrag nach § 44 SGB X in Bezug auf den Widerspruchsbescheid vom 17.04.2018 innerhalb der Jahresfrist gestellt worden sei. Unerheblich sei, ob der Antrag nach § 44 SGB X hinsichtlich eines Bescheides oder Widerspruchsbescheides gestellt werde.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts KöIn vom 25.08.2020 zu ändern und den Beklagten unter Abänderung des Widerspruchsbescheides vom 17.04.2018 in der Fassung des Ablehnungsbescheides vom 20.02.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019 zu verurteilen, die Kosten der Unterkunft fÃ $\frac{1}{4}$ r den Zeitraum 01.08.2016 bis zum 31.12.2016 i.H.v. 574 â $\frac{1}{4}$  zu Ã $\frac{1}{4}$ bernehmen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Er schlieà t sich den Ausführungen des Sozialgerichts an.

Der Senat hat die Beteiligten unter dem 07.02.2022 zu einer Entscheidung durch Beschluss nach § 153 Abs. 4 SGG angehört.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die gewechselten Schrifts $\tilde{A}$ xtze und die  $\tilde{A}$ brigen Gerichtsakten sowie die beigezogene Verwaltungsakte des Beklagten verwiesen.

Â

# EntscheidungsgrÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde:

Der Senat kann die Berufung â nach Anhà rung der Beteiligten â gemà Ä Â Â 153 Abs. 4 SGG durch Beschluss zurà 4ckweisen, weil er sie einstimmig fà 4r unbegrà 4ndet und eine mà 4ndliche Verhandlung nicht fà 4r erforderlich hà xlt. Maà geblich sind allein Rechtsfragen, die anhand des Akteninhalts beantwortet werden kà nnen. Die Beteiligten hatten Gelegenheit, sich hierzu zu à zuà ern.

Die zulÄxssige Berufung der KlÄxgerin ist unbegrļndet.

Streitgegenstand ist der Bescheid vom 20.02.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019, mit dem der Beklagte den (erneuten Ã\[ \text{berpr}\tilde{A}^1\sqrt{4}\text{fungs}\text{)Antrag der Kl}\tilde{A}\tilde{\text{gerin vom 15.11.2018 auf nachtr}\tilde{A}\tilde{\text{gliche}}\tilde{A}\[ \text{bernahme der tats}\tilde{A}\tilde{\text{chlichen Unterkunftskosten unter Hinweis auf }\tilde{A}\tilde{\text{4 Abs. 4 SGB X ablehnte.}}

Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die Klägerin ist nicht beschwert i.S.v.  $\frac{\hat{A}\S}{54}$  Abs. 2 Satz 1 SGG. Der angefochtene Bescheid vom Bescheid vom 20.02.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.03.2019 ist rechtmäÃ|ig. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf RÃ|4cknahme des zur |6|berpr|64fung gestellten Widerspruchsbescheides vom 17.04.2018, weil ihr eigentliches Begehren auf |6|bernahme der Unterkunftskosten in tats|6 weil ihr HÅ|6he f|64|7r die Zeit von August 2016 bis Dezember 2016 nach |6|8 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II i.V.m. |6|8 44 Abs. 4 SGB X ausgeschlossen ist.

GemäÃ∏ § 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X ist ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung fù¼r die Vergangenheit zurù¼ckzunehmen, soweit sich im Einzelfall ergibt, das bei Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist und deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden sind. Nach § 44 Abs. 4 SGB X werden Sozialleistungen fù¼r einen Zeitraum bis zu vier Jahren vor der Rù¼cknahme erbracht. Dabei wird der Zeitpunkt der Rù¼cknahme von Beginn des Jahres an gerechnet, in dem der Verwaltungsakt zurù¼ckgenommen wird (Satz 2). Erfolgt die Rù¼cknahme auf Antrag, tritt bei der Berechnung des Zeitraums, fù¼r den rù¼ckwirkend Leistungen zu erbringen sind, an Stelle der Rù¼cknahme der Antrag (Satz 3). Fù¼r Leistungen nach dem SGB II ist zu beachten, dass nach § 40 Abs. 1 Nr. 2 SGB II anstelle des Zeitraums von vier Jahren nach § 44 Abs. 4 Satz 1 SGB X ein Zeitraum von einem Jahr tritt.

Ma̸geblich für die Fristberechnung nach <u>§ 44 Abs. 4 SGB X</u> ist allein der Antrag der Klägerin vom 15.11.2018 auf Ã∏bernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten für die Zeit von August 2016 bis Dezember 2016. Die

Verfallfrist ist unabhängig von zuvor gestellten Ã $\Box$ berprÃ $^1$ 4fungsanträgen von dem jeweils aktuellen Ã $\Box$ berprÃ $^1$ 4fungsantrag aus zu berechnen (BSG Urteil vom 12.10.2016 â $\Box$  $\Box$  B 4 AS 37/15 R; Aubel in JurisPK-SGB II, Â $\S$  40 SGB II, Rn. 67 f.) Unbeachtlich hierfÃ $^1$ 4r ist somit der erstmalig gestellte Ã $\Box$ berprÃ $^1$ 4fungsantrag vom 17.01.2017. Dieser lebt durch den wiederholend gestellten Antrag aus 2018 nicht wieder auf. Ausgehend vom Ã $\Box$ berprÃ $^1$ 4fungsantrag vom 15.11.2018 kÃ $^4$ nnen der KlÃ $^4$ gerin allenfalls Leistungen fÃ $^4$ 4r die Zeit ab dem 01.01.2017 erbracht werden. Die RÃ $^4$ 4cknahme der Bewilligungsbescheide und Nachzahlung kann jedoch nicht fÃ $^4$ 4r die von der KlÃ $^4$ gerin begehrte Zeit vor dem 01.01.2017 erfolgen.

Soweit die Klägerin die Auffassung vertritt, maÃ∏geblich für die Frist des §Â§ 44 Abs. 4 Satz 1 SGB X i.V.m. 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II sei der Zeitpunkt des Erlasses des Widerspruchsbescheides vom 17.04.2018, verkennt sie auch in Anbetracht des eindeutigen Wortlautes des § 44 SGB X, dass diese Frist allein an den Ablauf des Zeitraums (hier den Zeitraum von August 2016 bis Dezember 2016) anknüpft, für den weitere Leistungen begehrt werden.

Der Senat weist abschlie $\tilde{A}$  end darauf hin, dass durch die Fristenregelung nicht nur ein Anspruch auf r $\tilde{A}^{1}$ /4ckwirkende Leistungen nach Ablauf der Frist ausgeschlossen wird, sondern in den F $\tilde{A}$ xllen, in denen aufgrund der Frist kein Anspruch mehr auf r $\tilde{A}^{1}$ /4ckwirkende Leistungen besteht, $\hat{A}$  bereits ein Anspruch auf Aufhebung des Verwaltungsaktes ausscheidet (Baumeister in Schlegel/Voelzke jurisPK  $\hat{a}$  SGB II  $\hat{A}$  SGB II  $\hat{A}$  Rn. 121 mwN; Aubel in Schlegel/Voelzke jurisPK  $\hat{a}$  SGB II  $\hat{A}$  Rn. 67).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde  $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r eine Zulassung der Revision ( $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{1}$ ) liegen nicht vor.

Â

Â

Erstellt am: 13.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024